



Kantonaler Mittelschullehrerinnen- und Mittelschullehrer-Verband St. Gallen

Protokoll der Hauptversammlung vom 9. September 2011

Kantonsschule am Brühl, St. Gallen

Anwesende KMV

Vorstand und Mitglieder gemäss Anmelde-
liste

Gäste

Stefan Kölliker	Regierungsrat, Vorsteher des Bildungsdepartements
Christoph Mattle	Leiter des Amts für Mittelschulen
Silvana Backes	Erziehungsrätin
Maria Gloor	Erziehungsrätin
Josef Hoppler	Erziehungsrat
Florin Rupper	Erziehungsrat
Doris Meier	Verwalterin der KS am Brühl
Patrick Huber	KLV-Delegierter

Entschuldigte

Esther Friedli	Generalsekretärin der Bildungsdirektion
Bettina Bickel	Erziehungsrätin
Karin Ilg	Kantonsrätin
Helga Klee	Kantonsrätin
Donat Ledergerber	Kantonsrat
Monika Lehmann	Kantonsrätin
Marlies Lorenz	Kantonsrätin
Arno Noger	Kantonsrat, Präsident der Ortsbürgergemeinde St. Gallen
Margrit Stadler	Kantonsrätin
Stephan Wurster	Rektor der KS Sargans
Ivo Gienal	Prorektor der KS Sargans
Peter Hofmann	Fachstelle Schulrecht

1. Einstimmung und Begrüssungen

Nach einer schwungvollen **musikalischen Einleitung** mit dem Titel „Hit the Road Jack“ durch Belinda Locher am Piano und Pema Lungthok (Gesang) unter der Leitung von Tabea Lendi übernahm um halb acht der Hausherr und ehemalige KMV-Präsident, **Mathias Gabathuler**, die **Einführung in den Abend** mit einem **Grusswort an die Anwesenden**. Er nutzte die Begrüssung im historischen Festsaal der damaligen Hochschule St. Gallen, um auf die Feiern seiner Schule zu ihrem 100jährigen Bestehen hinzuweisen und alle Erschienenen herzlich zur Teilnahme einzuladen. Anschliessend ging er kurz ein auf seine Erfahrungen mit seinem Rollenwechsel vom Präsidenten der Standesorganisation zum Rektor einer Mittelschule. Auch als Mitglied der Schulleitung begegne er zwar immer noch denselben Herausforderungen, aber als Rektor sei er nun dazu da und in der Lage, Probleme nicht nur zu finden, sondern auch anzugehen und zu lösen. Zahlreiche Begegnungen wie jene an der Ostschweizer Bildungsmesse seien für ihn sehr aufschlussreich, zeigten sie ihm nicht zuletzt, was denn die breite „Kundschaft“ wirklich beschäftige. An den anwesenden Bildungsdirektor gewandt fuhr er fort, dass er ihm noch als KMV-Präsident damals einen Zauberstab überreicht habe, um scheinbar unlösbare Probleme zu meistern. Bei den anstehenden Herausforderungen könne er diesen wahrlich brauchen. Er verband dies mit der Bitte an Regierungsrat Kölliker, speziell darauf hinzuwirken, dass im Kanton St. Gallen die Abschaffung der Informatik-Grundlagenfachs an Gymnasien und Fachmittelschulen wieder rückgängig gemacht werde. Statt eines Rückschritts sei hier im Gegenteil ein grosser Schritt nach vorn angezeigt: der Kanton benötige ein Gesamtkonzept für den Informatikunterricht und die Anwendungen der Informatikmittel (ICT) in *allen* Schulen, nicht nur den Mittelschulen. Eine zeitgemässe Bildung brauche Informatikanwendungen, vor allem aber brauche sie engagierte Mittelschullehrer und Verbände wie den KMV.

Im Anschluss an den Hausherrn begrüsst **Margit Kopp** als **KMV-Präsidentin** die Vertreter der Bildungsdirektion, die anwesenden Erziehungsräte und Parlamentarier sowie die zahlreich anwesenden Mitglieder. Sie verdankte die musikalische Einstimmung, die Einführung durch ihren Vorgänger und das Gastrecht an der KS am Brühl, welche sogar die Getränke spendiert hatte. Sodann ging sie kurz auf den geänderten Ablauf der HV mit vorgezogenem Apéro ein, welcher nötig wurde, weil sie den Bildungsdirektor für eine Rede gewinnen konnte, der aber bis in den frühen Abend von anderer Seite in Anspruch genommen worden sei. Dass er sogar an seinem Geburtstag dennoch zugesagt habe, freue sie ausserordentlich, womit sie ihm im Namen aller Anwesenden auch gleich herzlich gratulierte.

Vor den weiteren Traktanden wurden **Stefan Büchler** und **Walther Baumgartner** als **Stimmzähler** vorgeschlagen und per Akklamation bestätigt.

2. Jahresbericht der Präsidentin

Die Präsidentin begann ihre Ausführungen mit einem Rückblick über die Erfahrungen, welche sie in ihrem ersten Amtsjahr gemacht habe. Sie bedankte sich besonders für die gute Zusammenarbeit im Vorstand des KMV, der sie in ihrer kurzen Einarbeitungszeit tatkräftig unterstützt habe. Gleich danach gab sie einen Überblick über die Geschäfte des abgeschlossenen Verbandsjahres und die anstehenden des kommenden.

Lohnrunde 2010

Im vergangenen Jahr habe das Parlament im Rahmen der Budgetdebatte in der Novembersession einen **Teuerungsausgleich** für die kantonalen Angestellten von 0.7% beschlossen. Damit sei die Kaufkraft gewahrt worden, aber der Einzelne dürfte von dieser Massnahme wenig bemerkt haben, weil vom Teuerungsindex nicht erfasste Abgaben wie Krankenkassenbeiträge und Sozialabgaben wiederum stark angestiegen seien. Die Personalverbände beantragten zum Erhalt der Kaufkraft auch in den diesjährigen Lohngesprächen wiederum mindestens den vollen Teuerungsausgleich. Darüber hinaus forderten sie eine **Realloohnerhöhung** von 2%, gerade auch, weil die beschlossenen Sparmassnahmen ganz wesentlich vom Staatspersonal getragen würden und dieses somit nicht weiter zurückstecken müsse.

Personalgesetz

Ebenfalls in der Novembersession habe das Parlament die Vorlage des neuen Personalgesetzes beraten, mit welchem die Regierung die Anstellungsbedingungen jenen in der Privatwirtschaft angleichen wolle. Die zusammen mit Personalvertretern ausgearbeitete Gesetzesvorlage hätte gegenüber den bisherigen Anstellungsbedingungen bereits Verschlechterungen mit sich gebracht, sei aber als Kompromiss doch von beiden Seiten akzeptiert gewesen. Für die Angestelltenverbände sei es deswegen umso unverständlicher, dass das **Parlament den Gesetzesentwurf in mehreren wesentlichen Punkten weiter verschlechtert** und in keinem einzigen Punkt verbessert habe: Die immerhin auch von der Regierung akzeptierte Sozialpartnerschaft sei ebenso wie die Festsetzung von Mindestlöhnen gestrichen worden. Zudem sei das Parlament auf gar keine Anregung der Personalverbände zur Verbesserung der Vorlage ernsthaft eingetreten. Besonders gravierend sei, dass Rekurse künftig keine aufschiebende Wirkung mehr hätten und dass eine entlassene Lehrkraft selbst dann nicht wieder eingestellt werden müsse, wenn eine angefochtene Kündigung sich als missbräuchlich herausstelle. Einzige verbliebene Verbesserung von Gewicht sei somit eine verbesserte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Für diese **unnötige Verschlechterung der Anstellungsbedingungen** hätten die Personalverbände den Parlamentariern im Klosterhof die „**Rote Karte**“ gezeigt: Stapelweise seien dem Parlament Postkarten übergeben worden unter reger Beteiligung auch der Mittelschullehrerschaft. Die Haltung des gegenwärtigen Parlaments beweise einmal mehr, wie wichtig die Unterstützung des KMV sei.

Steuererklärung: Streichung des berufsspezifischen Pauschalabzugs

Im Januar 2011 habe die kantonale Steuerverwaltung die Mittelschullehrerschaft mit der Mitteilung überrascht, dass fortan (und sogar rückwirkend!) der bisherige, leicht erhöhte Pauschalabzug für die Berufsauslagen von Mittelschullehrern nicht mehr gewährt werden könne, und zwar aus rein formaljuristischen Überlegungen einer „Gleichbehandlung“ mit anderen Angestellten. Wer **Abzüge** geltend mache, welche die allgemeine Berufskostenpauschale überstiegen, müsse diese **im Einzelnen belegen**. In ihrer Argumentation blendete die Steuerverwaltung dreierlei völlig aus: erstens, dass für die meisten der übrigen Angestellten ihr Arbeitgeber die Arbeitsmittel beschafft, zweitens, dass die übrigen Angestellten zu Hause kein Büro privat finanzieren müssen, und drittens, dass der Nachweis jeder einzelnen Ausgabe einen kaum zu rechtfertigenden Aufwand für die Mittelschullehrerschaft bedingt.

Immerhin habe der KMV beim kantonalen Steueramt erreicht, dass die Steuerklärung 2010 von Mittelschullehrern mit Augenmass behandelt würden und dass **für 2010 plausible Ausgaben auch ohne Belege akzeptiert würden**, weil diese ja im Nachhinein nicht mehr beizubringen wären. Künftig würden dazu aber Belege verlangt.

Als Konsequenz für die Zukunft werde der KMV mit allem Nachdruck fordern, dass die **Arbeitgeber auch der Mittelschullehrerschaft ihre Arbeitsmittel beschaffen**, dass ihre Auslagen durch die Schulen angemessen entschädigt werden, und dass auch **an Mittelschulen genügend Büroarbeitsplätze für die Lehrerschaft** erstellt werden – ganz im Sinne einer *tatsächlichen* Gleichbehandlung.

Dass die zusätzlichen Auslagen der Mittelschullehrpersonen im Prinzip anerkannt sind, zeige eine positive Nachricht aus einem abgeschlossenen Gerichtsverfahren. Im **Kanton Appenzell Ausserrhoden** hätten vom KMV unterstützte Kläger erreicht, dass ihr **Arbeitszimmer nun steuerlich abzugsfähig** werde, wie dies beispielsweise in St. Gallen auch dank steten Bemühungen des KMV schon länger der Fall sei.

Sparmassnahmen

Auch im vergangenen Verbandsjahr sei wiederum Sparen das dominante Thema gewesen, seit massive Steuersenkungen dem Kanton ein strukturelles Defizit beschert hätten. Die Regierung habe sich zu **Sparvorschlägen auch im Bereich der Mittelschulen** „gezwungen“ gesehen, die vom Parlament mit einer einzigen Ausnahme auch beschlossen worden seien. Nur dank landesweitem Protest, den auch der KMV massgeblich mitgetragen habe, sei immerhin verhindert worden, dass in St. Gallen das Schwerpunktfach Italienisch ganz abgeschafft wurde. (Man stelle sich diesen Affront für die romansche Schweiz vor!)

Auch gegen die übrigen Sparmassnahmen habe der KMV sich zur Wehr gesetzt, indem er beispielsweise den Parlamentariern in einem Schreiben aufgezeigt habe, dass bei den Gymnasiasten in den vergangenen 10 Jahren bereits etwa 1000 Lektionen Unterricht weggespart worden seien und somit das Niveau kaum mehr gehalten werden könne. Der Kantonsrat habe in seiner Gesamtheit aber nicht nur diese deutliche Warnung ignoriert, sondern in der Februarsession darüber hinaus sogar noch ein zweites Sparpaket von mindestens 50 Millionen Franken gefordert, wiederum verteilt auf sämtliche Departemente, statt endlich die Steuerreduktionspolitik zu hinterfragen. Das enttäuschende Gebaren des Kantonsrats insgesamt veranlasse den KMV, das **Abstimmungsverhalten der einzelnen Kantonsräte in bildungspolitischen Fragen** zu analysieren und die Ergebnisse detailliert zu veröffentlichen. Die Präsidentin forderte die Anwesenden auf, diese Ergebnisse zu beherzigen und bildungsfreundliche Politiker zu wählen.

Revision des Mittelschulgesetzes

Das Mittelschulgesetz sei auch unter Mitwirkung des KMV revidiert worden und werde 2012 in Kraft treten. Die Chance einer Revision der Behördenorganisation sei aus Sicht des KMV nur zum Teil genutzt worden. Der KMV habe sich bis zuletzt und dennoch **vergeblich für die Schaffung eines Mittelschulrats eingesetzt**. Dieser hätte nicht nur den Erziehungsrat entlastet, sondern auch Expertenwissen in einem Gremium versammelt, das sich fokussiert den Mittelschulen gewidmet hätte. Es sei aus Sicht des KMV wirklich unbefriedigend, dass in den St. gallischen Gremien, welche die Mittelschulen führten, niemand Einsitz nehme, der die Mittelschulen wirklich von innen kenne.

Ans revidierte Gesetz sollten nun noch die diversen **nachgeordneten Erlasse angepasst werden**. Auch hier biete der KMV wiederum Hand zur Mitwirkung.

Neues Fach IKA an Wirtschaftsmittelschulen

Damit Wirtschaftsmittelschüler mit ihrem Abschluss auch das **Handelsdiplom** (kaufmännischer Fähigkeitsausweis) erlangten, seien die Konzepte für die WMS und WMI auf das Schuljahr 2011 / 2012 hin an die eidgenössischen Vorgaben für die kaufmännischen Berufe angepasst worden. Unter anderem heisse das Fach „Informatik“ jetzt berufsbildungskonform **„Informatik, Kommunikation und Administration“ (IKA)**. Mit dieser Neuausrichtung hätte das **Vollpensum der IKA-Lehrkräfte von Mittelschulen jenem an Berufsschulen angepasst**, in diesem Falle von 23 auf 25 Lektionen erhöht werden sollen. Dagegen habe der KMV sich gewehrt, denn die Anforderungen von IKA-Lehrkräften an Mittelschulen seien dieselben wie für andere Fachbereiche und deswegen nicht mit jenen von Berufsschullehrkräften vergleichbar. Der KMV habe erreicht, dass die Neuregelung der Besoldung für das begonnene Schuljahr ausgesetzt worden sei. Damit solle auch eine weitere **Aufweichung des Profils der Wirtschaftsmittelschulen verhindert** werden. Diese zeichneten sich dadurch aus, dass sie eine deutlich breitere Allgemeinbildung vermittelten, worin eben auch ihre Existenzberechtigung liege.

Revision der Pensionskasse

Derzeit sei noch ungewiss, wie sich die Revision der Pensionskasse gestalten werde, nachdem der Kantonsrat die regierungsrätliche **Vorlage wegen den mit einer Übergangsregelung verbundenen Kosten abgelehnt** habe. Klar sei, dass aufgrund von Bundesvorgaben die Pensionskassen bis Jahresanfang 2014 verselbständigt sein müssten. Es sei **damit zu rechnen, dass die Revision etappiert werde**. Ohne Gesamtpaket sei die Gefahr aber gross, dass damit die Arbeitnehmer auch in diesem Geschäft schlechter gestellt würden. Der KMV werde sich zusammen mit den anderen Personalverbänden in dieser zentralen Angelegenheit engagiert für die Beschäftigten einsetzen, denn schliesslich gehe es um nichts weniger als um ihre Altersvorsorge.

Weitere Geschäfte und Ausblick

Immer noch sei eine Klage von Vertretern des Staatspersonals zur **Ausrichtung der Treueprämie** hängig. Der mit der Klage betraute Anwalt habe diese unterdessen beim Verwaltungsgericht eingereicht, welches die Klage vermutlich in der ersten Hälfte des Jahres 2012 behandeln werde.

In seiner Novembersession 2011 werde der Kantonsrat die **Vorlage zum Volksschulgesetz** beraten. Darin enthalten seien **Massnahmen zur Entlastung der Lehrpersonen** auf Volksschulstufe. Der KMV habe in diesem Zusammenhang vor verschiedenen Gremien stets darauf hingewiesen, dass auch die Mittelschullehrer nachweislich mindestens genauso überlastet seien und dass auch für sie Entlastungsmassnahmen ergriffen werden müssten. Auf eine entsprechende Anfrage hin (mit Bezug auf den neuen Berufsauftrag) habe sich der Erziehungsrat offen für das Anliegen gezeigt, aber aktuellere Daten zur Arbeitsbelastung von Mittelschullehrpersonen gefordert. Diese Daten lägen mittlerweile vor und bestätigten die schon seit Jahren andauernde Überlastung. Der KMV werde den Erziehungsrat beim Wort nehmen und **auf Massnahmen zur Entlastung der Mittelschullehrpersonen** dringen. Ein Lichtblick sei bereits, dass die Mittelschulen auch bei der Ferienregelung in den Genuss derselben Verbesserung wie die Volksschulen kämen. Der KMV habe sich nämlich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die **Ausdehnung der Weihnachtsferien auf zwei Wochen** auch für die Mittelschulen gelte.

Nach den grossen Geschäften streifte die Präsidentin auch den **Verbandsalltag**, wo sich der KMV schnell, unkompliziert und effizient als **Verband für betroffene Lehrkräfte** einsetzen konnte, beispielsweise durch die Vermittlung juristischer Unterstützung oder durch Gespräche mit Vorgesetzten und Behörden. Hier sei der KMV ein wichtiger Puffer, der die einzelnen Angestellten wirksam vertrete und so auch schütze. Der KMV habe dafür das Mandat und nehme diesen Auftrag ernst. Er pflege dafür den **guten Kontakt mit den Behörden ebenso wie mit den Kantonsräten**, wozu auch besondere Anlässe wie der **Parlamentarische Abend** ausgerichtet würden. Mit dem Thema der nächsten Abendveranstaltung (im Januar 2012) werde ein Anliegen aufgegriffen, das der KMV mit den kantonalen Gremien teile, nämlich die **Förderung des Interesses an Naturwissenschaften und Technik**.

Die gute **Zusammenarbeit mit anderen Verbänden** war Gegenstand ihrer Schlussbetrachtungen. In diesem Zusammenhang machte sie auf das **52. Internationale Bodenseetreffen** in Überlingen aufmerksam und lud die Zuhörer im Namen der Veranstalter herzlich ein, daran teilzunehmen. Das zweitägige Treffen verspreche mit den Themen „Migration“ und „Nutzen von Vergleichsarbeiten“ interessant zu werden.

3. Protokoll der Hauptversammlung vom 17. September 2010

Das Protokoll der letztjährigen HV war wiederum (zusammen mit den übrigen Unterlagen) auf der Homepage des KMV (www.kmv.ch) elektronisch und an der HV selbst in Papierform zur Einsicht aufgelegt worden. Zu diesem Protokoll wurden keine Eingaben gemacht, und die Gelegenheit für Fragen oder Bemerkungen wurde nicht genutzt. Es wurde von der Präsidentin beim **Protokollanten, Peter Litscher**, verdankt, und anschliessend von der HV ohne Gegenstimme bei einer Enthaltung angenommen.

4. Rede von Regierungsrat Stefan Kölliker

Nach ihrem Rückblick zeigte sich die Präsidentin vor allem interessiert am Ausblick, den das Referat des Bildungsdirektors verspreche.

Schon bei der Begrüssung auf seinen Geburtstagsbesuch angesprochen, betonte der Bildungsdirektor, wie wichtig ihm der Kontakt mit der Basis und den Verbänden sei. Aus demselben Grund habe er seit seinem Amtsantritt unterdessen sämtliche Schulen und auch deren Konvente besucht und sich so ein eigenes Bild von der Situation an allen Mittelschulen machen können. Insgesamt habe er den Eindruck, dass die Mittelschulen hervorragend arbeiteten, und zwar sowohl die Schulleitungen wie auch die Lehrerschaft.

Weil er an den Konventen wichtige Geschäfte bereits erläutert habe, wolle er sich in diesem Rahmen nicht wiederholen, sondern gehe spezifisch auf Geschäfte ein, welche die Standesorganisation betreffen.

Zunächst legte er zur angesprochenen **Revision des Mittelschulgesetzes** seine eigene Haltung dar, welche vor allem in der Frage eines **Mittelschulrats** eine andere sei als die des Verbands. Er befürworte es, wenn sämtliche Schulgeschäfte von einem einzigen Gremium behandelt würden, weil dieses so besser den Überblick wahren könne und weil die Koordination zwischen verschiedenen Räten zu aufwändig wäre. Als Beispiel führte er die Revision des Aufnahmeverfahrens an den Mittelschulen und die Neuregelung der Weihnachtsferien an, welche ja auch die Mittelschulen betreffen. Im Übrigen solle das revidierte Mittelschulgesetz vor allem die Stellung der Lehrpersonen und der einzelnen Schulen in ihrer Autonomie stärken, womit sie aber auch in die Verantwortung genommen würden. Dazu sollten beispielsweise die Mitarbeitergespräche ausgeweitet werden, wofür zusätzliche Ressourcen bereitgestellt würden. Statt eine weitere Behörde zu finanzieren, wolle er zusätzliche Mittel primär in die Schulentwicklung investieren.

Anschliessend regte er eine klarere **Positionierung der Mittelschulen** in der Bildungslandschaft an, womit er alle Schulen dieser Stufe meine. Aus seiner Sicht sei die Maturitätsquote im Kanton St. Gallen noch etwas zu tief. Er forderte die Mittelschulen auf, mehr und gezielter „Werbung“ in eigener Sache zu machen, beispielsweise bei den Zubringern vermehrt zu informieren und den Wert des eigenen Angebots klarer herauszustreichen, um so bisher schlecht erschlossene Bevölkerungsschichten besser zu erreichen. Ein bewährtes Instrument in diesem Zusammenhang sei etwa der „Kantinavigator“, aber er erwarte noch weitere Massnahmen und habe diese auch schon von der KRK gefordert. Weitere Geschäfte streifte er anschliessend noch stichwortartig, vor allem die erfolgreich angelaufene Stärkung der Naturwissenschaften (das TAN-Massnahmenpaket), die Gesamterneuerung der KS Heerbrugg, die Bauvorhaben der KS Sargans, den abgeschlossenen ersten SEM-Zyklus (zur lokalen Schulentwicklung), den aufgleisten zweiten und die geplante Evaluation von SEM im Anschluss an selbigen.

Etwas ausführlicher behandelte er im Anschluss die Situation in den **Fach- und Wirtschaftsmittelschulen**, welche seiner Ansicht nach trotz des zahlenmässigen „Überhangs“ an Gymnasiasten nicht vernachlässigt werden dürften. Eingangs legte er dar, welche organisatorischen Neuerungen beide Schulzweige bereits erfolgreich abgeschlossen hatten (Gesamtkonzepte, Studentafeln, Abschlüsse). Danach ging er zunächst auf die **Positionierung der WMS / WMI** ein. Bei ihrer jüngsten Umwandlung in eine Handelsmittelschule mit eidgenössisch anerkanntem Abschluss habe in St. Gallen bewährtes wie die breitere als die minimal erforderliche Allgemeinbildung (etwa in den Naturwissenschaften) beibehalten werden können. Gleichzeitig sei die Ausrichtung sogar noch leicht ausgeweitet worden. Er werde öfters gefragt, was die WMS im Vergleich mit anderen Ausbildungen wie beispielsweise dem KV mit Berufsmatura bringe. Das jetzt verabschiedete WMS / WMI - Konzept unterstütze er sehr, weil es eine viel breitere Allgemeinbildung als etwa das KV vermittele, wie sie ja von der Wirtschaft in ihrem Wunsch nach flexibel einsetzbaren Mitarbeitern stets gefordert werde, und er werde die WMS / WMI nun mit Elan verteidigen. Im Vergleich dazu hätten die **Fachmittelschulen** einen „Turnaround“ schon hinter sich, und die damit verbundene Unruhe habe sich gelegt. Vielleicht sei es noch etwas zu früh, um sagen zu können, dass die FMS definitiv etabliert und keineswegs eine Sackgasse sei, aber in seinen Augen stünden den Absolventen nun wirklich attraktive Anschlussmöglichkeiten offen.

Mit Blick auf die **Kantonsfinanzen** liefen im Kanton St. Gallen seit 2010 Diskussionen darüber, welche Leistungen der Staat erbringen solle. Auf den ersten Blick habe man den Eindruck, dass vom **ersten Sparpaket** aus jüngerer Zeit wiederum vor allem das Bildungswesen stark betroffen gewesen sei. Bei genauerer Betrachtung zeige sich wenigstens seiner Meinung nach aber, dass im Bildungsbereich zwar sehr viele Massnahmen angeordnet worden seien, dass diese aber insgesamt nicht überproportional umfangreich gewesen seien. Darüber hinausgehende, sehr einschneidende Massnahmen, welche die Lehrerschaft vor allem als Angestellte betroffen hätten, habe er in den regierungsrätlichen Besprechungen abwehren können. Als Beispiel führte er eine angedachte (weitere!) Pensenerhöhung für Mittelschullehrpersonen an, welche ja angesichts der seit Jahren festzustellenden Überlastung

kaum ernsthaft in Betracht gezogen werden kann. Gegen den Willen der Regierung habe der Kantonsrat dann sogar noch ein **zweites Sparpaket** in Auftrag gegeben, welches im Personalbereich Einsparungen von 35 Millionen Franken vorsehe und somit deutlich einschneidender sein werde. Hierzu konnte er auch bereits skizzieren, welche **Massnahmen zur Umsetzung dieser Vorgaben geplant** seien. Das neue Personalgesetz und die Personalverordnung sollten später in Kraft gesetzt werden (per 1.1.2013), was 2012 Einsparungen von 13 Millionen Franken bringen werde. Zusätzlich solle der Personalaufwand insgesamt um 1% gekürzt werden, ohne Detailvorgaben für die einzelnen Departemente, allerdings unter folgenden Prämissen: Der Stufenanstieg solle nicht ausgesetzt werden, und für die Beförderungsquote sollten Mindestvorgaben gelten. Damit würden die Lehrpersonen und die Schüler von den Kürzungen weniger markant betroffen sein als die übrigen Staatsangestellten.

Sodann gab der Bildungsdirektor Auskunft über den **aktuellen Stand weiterer anstehender Geschäfte**. Nach der Revision des Mittelschulgesetzes würde nun die **Mittelschulverordnung** angepasst, vor allem die Prüfungsreglemente. Beim neuen **WMS-Konzept** seien die integrierten Praxisteile und die Schlussprüfungsreglemente in der Überarbeitung. Das vielfach kritisierte Beurteilungs- und Förderungsinstrument „**Stemi**“ solle in Richtung eines Personalentwicklungskonzepts weiterentwickelt werden. In der EDK werde derzeit ein neues **Fremdsprachenkonzept** beraten. Er selber habe einen **Strategieprozess** für die nächste Legislatur gestartet zur Positionierung der Bildungsinstitutionen, in welchem nun die Strategieziele zu erarbeiten und von der Regierung ab Mitte 2012 zu festzulegen seien.

Seine Erörterungen schloss er mit einem klaren **Bekenntnis zu Investitionen in die Bildung**, bei der nicht weiter gespart werden dürfe. Selbst aktuelle Umfragen der „wirtschaftsnahen“ economiesuisse hätten klar gezeigt, dass die Schweizer Bevölkerung bei der Bildung keine Einschnitte mehr wolle. Ökonomisch gut nachvollziehbar: Eine Investition in die Bildung bringe immer noch die meisten Zinsen.

Seine ausführlichen Betrachtungen wurden von der Präsidentin gewürdigt und mit einem guten alten Whisky verdankt, der ihm als Kenner sicher helfe, den einen oder anderen Ärger hinunterzuspülen. Es sei zwar ein schottischer, aber das habe wirklich gar nichts damit zu tun, dass während des halben Abends nur übers Sparen geredet werden musste.

5. Jahresrechnung des Verbandsjahrs 2010/11

Auch aus dem vergangenen Verbandsjahr konnte der Kassier, Reinhard Gross, wiederum eine erfreuliche Jahresrechnung präsentieren (einsehbar auf www.kmv.ch und in Papierform aufgelegt: Rechnung 2010/2011, Budget 2011/2012, Bilanz per 31.7.2011, Revisionsbericht für das Verbandsjahr 2010/2011). Die Jahresrechnung schloss mit einem leichten Vermögenszuwachs von etwa 4300 Franken, welcher vor allem auf einen Mitgliederzuwachs zurückzuführen und somit nachhaltig sei. Dies gelte umso mehr, als auch ausserordentliche, nicht-budgetierte Kosten hätten aufgefangen werden können (im Zusammenhang mit der Klage vor dem Verwaltungsgericht Appenzell Ausserrhoden). Weil der KVM in diesem Fall einen Teilsieg errungen habe, rechne er fürs laufende Verbandsjahr mit einer Rückerstattung des grössten Teils dieser Auslagen durch das Steueramt. Ein zweiter noch hängiger Rechtsfall werde hingegen nur dem laufenden Verbandsjahr angerechnet. Positiv ausgewirkt hätten sich nebst den gestiegenen Mitgliederzahlen auch die Auflösung einer nicht mehr benötigten Transitorie und eine Rückvergütung der Sozialversicherungsanstalt.

6. Bericht und Anträge der Rechnungsrevisoren

Die Jahresrechnung war von den **Revisoren Marie-Therese Vogt** und **Stefan Strasser** geprüft worden. Letzterer stellte den Bericht der Revisoren vor (online und in Papierform einsehbar, siehe unter 5.).

Er hielt fest, dass die Revisoren bei ihrer Stichprobenkontrolle auf keinerlei Hinweise gestossen seien, dass die Buchführung und die Jahresrechnung Gesetz oder Statuten nicht entsprechen könnten. Anschliessend stellte er den Bericht zur Diskussion, welche aber nicht gewünscht wurde, und liess erstens über die Annahme der Jahresrechnung abstimmen (einstimmige Annahme) und zweitens dem Vorstand zur Entlastung Dank und Anerkennung per Akklamation aussprechen.

7. Budget des Verbandsjahrs 2011/12

Für das anschliessende Verbandsjahr legte der Kassier ein Budget vor, das sich wiederum an jenem des Vorjahrs orientierte. Insgesamt sei vorsichtig geschätzt mit einem leichten Rückgang der Mitgliederbeiträge zu rechnen, weil an den meisten Mittelschulen wiederum viele Lehrkräfte pensioniert würden. Zudem habe er einen im Vergleich etwas grösserer Aufwand budgetiert für Veranstaltungen, weil neben dem Parlamentarischen Abend noch das Internationale Bodenseetreffen mitgetragen werden müsse. Obwohl seit der Assoziation mit dem KLV ja dem KMV kaum mehr juristische Aufwände entstünden, rechne er noch mit Anwaltskosten von etwa 1000 SFr. aus dem zweiten erwähnten, früheren Verfahren. Er stellte das Budget zur Diskussion. Das Wort wurde nicht ergriffen, worauf er über das Budget abstimmen liess, welches ohne Gegenstimme oder Enthaltungen angenommen wurde.

8. Festsetzung der Mitgliederbeiträge

Der Kassier hielt fest, dass der gute Abschluss es dem KMV trotz hoher Abgaben an den KLV erlaube, auf eine Erhöhung der Mitgliederbeiträge zu verzichten. Er beantragte, die bisherigen, nach Anstellungsgrad abgestuften Beitragssätze und die Befreiung der Neumitglieder im ersten Jahr beizubehalten, was einstimmig angenommen wurde.

9. Aktuelles aus dem KLV

Nach der Verdankung der grossen Arbeit des Kassiers und der Revisoren übergab Margit Kopp das Wort dem Gossauer Primarlehrer **Patrick Huber**, welcher als Mitglied der Geschäftsleitung aus aktuellen Geschäften berichtete, speziell auch über solche, welche beide Verbände gemeinsam betrafen. In seinen ersten Ausführungen hielt er ausführlich **Rückblick auf die bisherigen vier Jahre, in denen der KMV nun mit dem KLV assoziiert gewesen war** und in denen sie so gemeinsam „geschäftet“ hätten. Dabei sei es wie in privaten Paarbeziehungen auch – auf eine erste Zeit der Begeisterung folge meist eine Phase der Ernüchterung, in der abgewogen werde, was die Partnerschaft bringe und was man dafür leisten müsse. Aus seiner Sicht überwiegen die Vorteile dieser Liaison klar, auch für den KLV. Sein Verband habe dadurch seine **Position als Sozialpartner** festigen können und habe neue Ansprechpartner, Informationskanäle und Einflussmöglichkeiten gefunden. Anlässe wie der Parlamentarische Abend schätze der KLV gerade auch als Türöffner. In wichtigen Angelegenheiten kämpften beide Verbände vereint, etwa gegen die drohende Schlechterstellung der Informatiklehrkräfte. Darüber hinaus biete die Assoziation nun auch allen KMV-Mitgliedern wichtige **Dienstleistungen** des KLV, beispielsweise den juristischen Beistand, aber auch günstige Kollektivverträge mit etlichen Krankenkassen. Regresse des Arbeitgebers bei möglicherweise fahrlässigem Verhalten biete die Berufshaftpflichtversicherung des KLV. Auch wenn aus seiner Sicht sich die Assoziation bewährt habe, sei das verflixte siebte Jahr noch nicht überstanden. Er sei sich bewusst, dass die Einordnung in ein grösseres Ganzes Skepsis hervorrufe. Gerade auch die Skeptiker rufe er auf, sich einzubringen und so die Assoziation mitzugestalten. Dem KMV stünden die Türen in die **Geschäftsleitung** des KLV beispielsweise weit offen, sollte es in nächster Zeit dort eine Vakanz zu besetzen geben.

Unter den **aktuellen Geschäften** erläuterte der Referent sodann vor allem zwei, in denen beide Verbände viele Berührungspunkte hätten – die schon zuvor thematisierte Revision der Pensionskasse des Staatspersonals bzw. der Kantonalen Lehrerversicherungskasse und die Wahlen für das Kantonsparlament, bei denen der KLV als mitgliederstarker Verband seinen Einfluss geltend machen werde für eine bildungsfreundlichere Besetzung des Parlaments. Dafür wolle der KLV den Kreis der Empfohlenen erweitern: Um auch neue Kandidaten angemessen zu berücksichtigen, werde er nicht nur das Abstimmungsverhalten der Bisherigen analysieren und publizieren, sondern auch mit einem Fragebogen Einstellungen aller Kandidaten zu wichtigen Anliegen eruieren.

10. Rücktritte und Wahlen

Zwar stünden erst im „Superwahljahr 2012“ mit den Gesamterneuerungswahlen des Vorstands wieder Wahlen an, hingegen müsse sie einige verdiente Vorstandsmitglieder nun ziehen lassen, weil sie sich anderswo einbringen wollten, leitete die Präsidentin einen ganzen Reigen an Verabschiedungen ein. **Christoph König** (KS Wil) habe in die Schulleitung der Schweizer Schule in Bogota gewechselt, und sie sei sicher, dass er sich auch dort mit Ernst und Überzeugung für die Sache der Bildung einsetze. Ziehen lassen müsse sie auch **Guido Bannwart** (KS am Brühl), dessen Handschrift als Gestalter in allen KMV-Drucksachen zu sehen gewesen sei, welche die Teilnehmer gelesen hätten. Zwar verlasse er den Vorstand des KMV, führe aber seine Arbeit als Gestalter für den KMV weiter. Für dieses grosse Engagement gebühre ihm ebensolcher Dank, verbunden mit einem edlen Tropfen für eine passende Gelegenheit. Seine Bereitschaft spreche sehr für die Haltung vieler weiterer Lehrerinnen und Lehrer, die sich tagein-, tagaus uneigennützig einsetzten.

11. Varia

Es waren keine Anträge zur Behandlung unter „Varia“ eingegangen. Auch die Gelegenheit zur Diskussion wurde nicht genutzt, sodass die Präsidentin die HV um 20:50h beenden und zum anschliessenden Dessert im Restaurant Concerto einladen konnte.

St. Gallen, den 4. August 2012

der Aktuar



Dieter Burkhard